

## ► Allgemeines

**Frauen in die Kommunalpolitik.** Mehr Frauen in die kommunalen Parlamente, das ist Ziel einer Kampagne, die das Frauenministerium von Rheinland-Pfalz gemeinsam mit zahlreichen Partnerinnen und Partnern im Hinblick auf die Kommunalwahl 2009 ins Leben gerufen hat. Unter dem Motto „Frauen machen Kommunen stark“ will die Kampagne Frauen motivieren, für die Räte und Kreistage zu kandidieren, und die Parteien dazu anregen, mehr Frauen auf ihren Listen aufzustellen. Wählerinnen und Wähler sollen von der politischen Kompetenz von Frauen überzeugt werden. „Anlass ist der viel zu geringe Anteil von Frauen in den kommunalen Parlamenten und Räten“, sagte die Ministerin Malu Dreyer. Nach der letzten Kommunalwahl beträgt der Anteil von Frauen in den Parlamenten der kreisfreien Städte 31 %, in den Kreistagen 24 %, in den Verbandsgemeinderäten 17 % und in den Gemeinde- und Stadträten (ohne kreisfreie Städte) 14 %. In ganz Rheinland-Pfalz gibt es nur drei Landrätinnen, zwei Oberbürgermeisterinnen und sechs Verbandsbürgermeisterinnen. Die Homepage [www.mehr-frauen-in-die-politik.rlp.de](http://www.mehr-frauen-in-die-politik.rlp.de) ist die zentrale Anlaufstelle für alle, die sich über die Kampagne informieren wollen, an Seminaren, Workshops oder Veranstaltungen teilnehmen möchten oder Hintergrundwissen zum Ablauf der Kommunalwahlen benötigen. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz vom 2. April 2008*

**Kritik an Altersgrenzen.** Auch im bürgerschaftlichen Engagement gibt es formelle und informelle Altersgrenzen. So verteidigte die Bundesregierung die bestehende Altersgrenze von 70 Jahren für Schöffinnen und Schöffen als „sachlich begründet und gerechtfertigt“. Allerdings ist das Wissen über solche Altersgrenzen in Vereinen, Verbänden und Institutionen sehr lückenhaft. Die Bundestagsfraktion der Grünen hat eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, um auf die diskriminierenden Altersgrenzen in vielen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements aufmerksam zu machen. Die Grünen sehen immer noch viele Hürden für ältere Menschen im Ehrenamt und wollen gegen die alltägliche Altersdiskriminierung vorgehen. Denn ältere Menschen sind heute besser ausgebildet, aktiver und gesünder als in früheren Generationen. *Quelle: Newsletter Nr. 6 des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement vom 20. März 2008*

**Bekämpfung von Mehrfachdiskriminierung.** Praktiken, Politikstrategien und Rechtsvorschriften. Hrsg. Europäische Kommission. Selbstverlag. Luxemburg 2007, 70 S., kostenlos \*DZI-D-8223\*

Das Konzept gegen Mehrfachdiskriminierung wurde Ende der 1980er-Jahre in den USA entwickelt und trägt der Tatsache Rechnung, dass einzelne Menschen verschiedenen benachteiligten Gruppen gleichzeitig angehören können. So betrachtet diese Studie das Zusammenwirken von Dis-

kriminierungsgründen wie ethnischem Ursprung, Religion/Weltanschauung, Behinderung, Alter, Geschlecht und sexueller Ausrichtung. Die Untersuchung beruht auf empirischen Methoden wie der Analyse themenbezogener wissenschaftlicher Arbeiten, elektronischen Fragebögen, Rundtischgesprächen mit Verantwortlichen sowie Interviews mit Betroffenen. Auch die rechtliche Situation in der Europäischen Union und in angelsächsischen Staaten wird mit betrachtet. Anhand der Ergebnisse erfolgen Empfehlungen und Vorschläge zur Eindämmung von Mehrfachdiskriminierung durch Maßnahmen in Nichtregierungsorganisationen und Bereichen wie Forschung, Rechtsprechung und Bildung. Bestelladresse: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Fax: (003 52) 29 29-427 58, Internet: <http://bookshop.europa.eu>.

**Bayern: Immer mehr Auszubildende werden übernommen.** Die Arbeitsministerin Stewens stellte in München die ersten Ergebnisse des bayerischen Betriebspanels 2007 vor. Demnach wurden im Jahr 2007 64 % der Jugendlichen in ihrem Ausbildungsbetrieb weiter beschäftigt. Dies zeigt nach 57 % im Jahr 2005 und 59 % im Jahr 2006 eine positive Entwicklung auf. Gleichwohl gelte es, weitere Reserven zu erschließen. „Noch immer bilden 33 % der bayerischen Betriebe nicht aus, obwohl sie dies könnten“, erklärte die Ministerin. Das IAB-Betriebspanel ist eine repräsentative Befragung von 1175 Betrieben in Bayern, die sich mit Beschäftigungstrends und arbeitspolitischen Fragen auseinandersetzt. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Frauen und Familie 142.08*

**Medienrezeption in der Einwanderungsgesellschaft.** Eine vergleichende Studie zur Wirkung von TV-Nachrichten. Von Georg Ruhmann und anderen. Hrsg. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz. Selbstverlag. Mainz 2007, 128 S., kostenlos \*DZI-D-8266\*

Dieser Bericht vermittelt die Ergebnisse einer Studie, welche erstmals in Deutschland die Rezeption und Wirkung von TV-Nachrichten über migrationspezifische Themen in den Blick nimmt. Erstellt wurde sie in den Jahren 2005 bis 2007 am Lehrstuhl „Grundlagen der medialen Kommunikation und der Medienwirkung“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Anhand einer Befragung und einer Reihe von Experimenten wurden die unterschiedlichen Mediennutzungsgewohnheiten von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verglichen, um dann Zusammenhänge zwischen Art oder Inhalt der Medienberichterstattung und individuellen Einstellungen zu untersuchen. Der Forschungsbericht stellt detaillierte und wissenschaftlich fundierte Ergebnisse bereit, die zum Beispiel im Bereich der Migrationspolitik als Orientierungshilfe genutzt werden können. Bestelladresse: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz, Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz, Tel.: 061 31/16 20 16, Internet: [www.masgff.rlp.de](http://www.masgff.rlp.de)

## ► Soziales

**Sozialkaufhäuser.** Zusatzjobs in Sozialkaufhäusern will die Bundesagentur für Arbeit in einigen Regionen Nordrhein-Westfalens nur noch dann bewilligen, wenn dort ausschließlich Empfängerinnen und Empfänger von Arbeits-

losengeld II einkaufen. Für die Caritas aber sind diese Jobs eine wichtige Möglichkeit, um Langzeitarbeitslosen eine neue Chance zu bieten. Außerdem seien angesichts wachsender Armut immer mehr Menschen darauf angewiesen, sich mit Kleidung, Möbeln und Hausrat in Sozialkaufhäusern versorgen zu können. Der Deutsche Caritasverband und die Arbeitsgemeinschaft Integration durch Arbeit versuchen, mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales kurzfristig eine Klärung herbeizuführen. Als Hintergrund der Verschärfung werden die Beschwerden gewerblicher Second-Hand-Läden vermutet, die sich so vor Konkurrenz schützen wollen. Für die Caritas wäre eine Einschränkung des Kundenkreises eine weitere Diskriminierung einer ohnehin benachteiligten Personengruppe. Zudem sei die Öffnung für alle Kunden und Kundinnen aus zwei weiteren Gründen wünschenswert: Qualifikationen könnten die Langzeitarbeitslosen tatsächlich nur erwerben, wenn die Sozialkaufhäuser nahe am Markt arbeiten und damit reale Bedingungen bieten. Unverzichtbar seien auch die durch den weiten Kundenkreis erzielten Einnahmen. Ohne sie wären die Sozialkaufhäuser nicht zu finanzieren. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster 30/3008 vom 26. März 2008*

**Geringe Durchschnittsrente für Frauen.** Laut einer Studie zur Altersvorsorge in Deutschland steigt der Anteil der Rentenbeziehenden, die mindestens ein Jahr arbeitslos waren, bei den Frauen von 39 % auf 59 %. Schon heute sind 30 % der alleinstehenden Rentnerinnen von Armut bedroht. Die Durchschnittsrente für Frauen liegt mit nur 690 Euro inklusive Witwenrente deutlich unter derjenigen der Männer von 967 Euro monatlich. *Quelle: VdK Zeitung 4.2008*

**„Ohne Moos nix los?!“** Wie viel Bezahlung verträgt das bürgerschaftliche Engagement? Dokumentation. Hrsg. Hessisches Sozialministerium. Selbstverlag. Wiesbaden 2007, 156 S., kostenlos \*DZI-D-8225\*  
Dieser Band enthält die Referate einer Fachtagung, die im Februar 2007 in Frankfurt am Main stattfand. Ziel der Tagung war es, Grenzbereiche zwischen Entlohnung und bürgerschaftlichem Engagement aufzuzeigen, problematische Tendenzen zu thematisieren und Lösungsvorschläge zu entwerfen. Zunächst äußern sich Vertretende von Freiwilligenagenturen zur Frage der Entlohnung ursprünglich ehrenamtlicher Tätigkeiten. Im Weiteren geht es um die möglichen Auswirkungen finanzieller Anreize auf die Motivationen Jugendlicher und auf die Engagementkultur. Denn es entsteht so die Gefahr der Ungleichbehandlung, da nicht alle Ehrenamtlichen eine Aufwandspauschale erhalten. Die Dokumentation wird ergänzt durch Beiträge aus der abschließenden Podiumsdiskussion und durch Überlegungen zur Arbeitsmarktpolitik vor dem Hintergrund dieser neuen, bezahlten Variante des gesellschaftlichen Engagements. Bestellanschrift: Hessisches Sozialministerium, Dostojewskistraße 4, 65187 Wiesbaden, E-Mail: c-perabo@hsw.hessen.de

**Sozialpass in Berlin ab Herbst 2008.** Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in Berlin werden künftig Ermäßigungen und Vergünstigungen für Freizeit- und Kulturangebote erhalten. Der Senat hat beschlossen, im Herbst 2008 einen Sozialpass für sozial benachteiligte Menschen einzuführen. Er soll an Empfänger und Empfängerinnen

von Sozialhilfe, Grundsicherungsrente, Arbeitslosengeld II und von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie zu deren Haushalt gehörende Personen ausgegeben werden. Insgesamt leben in Berlin 720 000 Menschen von Sozialleistungen. *Quelle: SoVD, Sozialverband Deutschland 4.2008*

**Sozialhilfeabhängigkeit von Pflegebedürftigen.** Anlässlich der Verabschiedung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag warnt der Verein Gesundheit Berlin e.V. vor einer deutlichen Zunahme der auf ergänzende Sozialhilfe angewiesenen Pflegebedürftigen in der Zukunft. Der „Arbeitskreis Gesundheitspolitik“ des Vereins stützt sich dabei auf eine Analyse der „Hilfe zur Pflege“ in den Sozialhilfeausgaben Berlins und eine Prognose der weiteren Entwicklung von Pflegebedürftigkeit. Der Arbeitskreissprecher und Sozialdezernent Martin Matz dazu: „Die Pflegereform führt zwar zu einer Steigerung der Leistungssätze in den Pflegestufen, hält aber am ‚Teilkaskoprinzip‘ fest. Mit den vorgesehenen Sätzen wird vorausgesetzt, dass aus Einkommen oder Vermögen der Pflegebedürftigen zugezahlt werden kann. Die zusätzlichen Aufwendungen betragen häufig das Ein- bis Zweifache der von der Pflegeversicherung übernommenen Kosten von heute 384 bis 1432 Euro pro Monat. Nur mit einer guten Rente oder Sparvermögen lassen sich diese Kosten tragen, sonst muss die ‚Hilfe zur Pflege‘ des Sozialamtes einspringen.“ Im Jahr 2006 erhielten gut 23 000 Berlinerinnen und Berliner „Hilfe zur Pflege“ vom Sozialamt. Die Ausgaben dafür nähern sich der 300-Millionen-Euro-Grenze. Im Jahr 2030 ist dagegen mit über 35 000 Leistungsempfängenden zu rechnen. Der Arbeitskreis Gesundheitspolitik befürchtet jedoch eine noch schlechtere Entwicklung: In der Schätzung ist noch nicht berücksichtigt, dass sich die Pflegekosten mindestens in der Höhe der allgemeinen Preissteigerung entwickeln werden. Hinzu kommt der wachsende Anteil an Hochbetagten. Der Pflegebedarf in der Gruppe der über 85-Jährigen wird um rund 160 % steigen und die Fallkosten erheblich nach oben treiben. *Quelle: Pressemitteilung des Vereins Gesundheit Berlin vom 14. März 2008*

## ► Gesundheit

**Fachliche Beratung für Patienten und Patientinnen.** Kranke Menschen erwarten von ihrer Krankenkasse eine gute Beratung. Das ergaben die Aussagen von Versicherten der Gmünder ErsatzKasse (GEK). 54 000-mal wurde der medizinische Beratungsservice GEK Teledoktors im vergangenen Jahr in Anspruch genommen. Eine Befragung der Nutzenden zeigte, dass diese mit der Qualität dieses Dienstes zufrieden waren. Besonders häufig waren Fragen zu orthopädischen oder zahnärztlichen Behandlungen. Oftmals suchten die Anrufenden auch nur Arztadressen oder eine ärztliche Zweitmeinung. Wiederum stark in Anspruch genommen wurden die medizinischen Informationen zu einzelnen Krankheiten. Neben dem medizinischen Service bietet die GEK weitere Leistungen an. Zum Beispiel steht auf ihrer Internetseite den Versicherten seit April ein umfassendes Informationsangebot zur Verfügung. *Quelle: Pressemitteilung der GEK vom 10. April 2008*

**Ausbau der Früherkennung.** Vor dem Hintergrund immer wieder auftretender Fälle von Kindesmisshandlungen

forderte der Bundesrat bessere Eingriffsmöglichkeiten für Jugendämter und die Ausweitung der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder (U1 bis U9). Die Bundesregierung solle darauf hinwirken, dass Ärzte, Ärztinnen und Krankenkassen die Richtlinie für Kinderuntersuchungen im Gemeinsamen Bundesausschuss in Bezug auf die Erkennung von Gefahren für das Kindeswohl ergänzen. Die Untersuchungen sollen außerdem verbindlicher werden. Die meisten Bundesländer befürworten deshalb ein genau festgelegtes Einladewesen. In einem auf Antrag Niedersachsens und Thüringens ergangenen Beschluss fordern die Länder auch eine gesetzliche Verpflichtung der Krankenkassen zur Zusammenarbeit untereinander und mit den Gesundheitsdiensten der Länder bei Maßnahmen zur Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 3.2008*

**Menschen mit Migrationshintergrund in den Suchthilfeeinrichtungen in Westfalen-Lippe.** Von A. Santel und anderen. Hrsg. Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Selbstverlag. Münster 2007, 99 S., kostenlos \*DZI-D-8259\* Nur wenige Einrichtungen der Suchthilfe unterbreiten spezielle Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund. Aus diesem Anlass wurde von der Koordinationsstelle Sucht des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe in Kooperation mit der Universität Siegen die vorliegende Studie erstellt. Ziel war es, Ansatzpunkte für die Verbesserung der interkulturellen Arbeit im Bereich der Suchthilfe zu entwickeln. Mittels einer Fragebogenerhebung wurde überprüft, ob und inwiefern die Aktivitäten der Suchthilfeeinrichtungen auf die besondere Situation von Migrantinnen und Migranten zugeschnitten sind. Zum Beispiel wurden Daten zur Qualifikation des Fachpersonals und zu klientelbezogenen Verfahren und Schwerpunkten ermittelt. Die Veröffentlichung ist ein Beitrag zu der im Jahr 2000 begonnenen Reihe „Sucht und Migration“. Bestelladresse: Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Koordinationsstelle Sucht, Warendorfer Straße 27, 48133 Münster, Internet: [www.lwl-ks.de](http://www.lwl-ks.de)

**Flächendeckende Brustkrebsvorsorge in Sachsen.** Mit der Zertifizierung der Screening-Einheit Westsachsen haben sächsische Frauen seit Februar 2008 landesweit die Möglichkeit, mit Hilfe des Mammographie-Screenings frühzeitig eine Erkrankung an Brustkrebs erkennen zu lassen. Seit Juli 2007 wurden 49 366 Frauen zur Durchleuchtung eingeladen, 34 829 Frauen haben bis Ostern 2008 teilgenommen. Viele der anspruchsberechtigten Altersgruppe der 50- bis 69-jährigen Frauen sind durch die Zusammenarbeit mit den Gynäkologen gut informiert und motiviert. Immer mehr Frauen melden sich selbst zur Untersuchung an. Sie können dabei auf fünf sächsische Screening-Einheiten zurückgreifen, in denen zurzeit in zehn stationären Praxen und zwei mobilen Screening-Einheiten, den sogenannten Mammobilen, die Untersuchung an der weiblichen Brust durchgeführt wird. Weitere sieben Praxen und zwei zusätzliche Mammobile sollen das Angebot ergänzen. Die Organisation der Einladungen für alle sächsischen Einheiten liegt in den Händen der „Zentralen Stelle Mammographie-Screening“, die bei der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen in Chemnitz angesiedelt ist. Das Mammographie-Screening ergänzt die jährlichen Krebsfrüherkennungsuntersuchungen durch die Frauenärzte und -ärztinnen und die Selbstuntersuchung der Brust. Die

Teilnahme ist freiwillig und für die betreffenden Frauen kostenlos. Alle entstehenden Kosten werden im Rahmen des Krankenversicherungsschutzes übernommen, eine Praxisgebühr entfällt hierbei. *Quelle: Presseerklärung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und diverser Krankenkassen vom 27. März 2008*

**England: Verschreibungsgebühren gefährden Gesundheit.** Rund 2 % der Patienten und Patientinnen in England verzichten wegen der Verschreibungsgebühren auf verordnete Medikamente. Das ist das Ergebnis einer Bürgerbefragung der britischen Verbraucherorganisation Citizens Advice. Danach können oder wollen diese Personen die gesetzlich festgelegte Gebühr von knapp 7 englischen Pfund pro Medikament (ungefähr 9 Euro) nicht aufbringen. Landesweit würden rund 800 000 Menschen auf diese Weise ihre Gesundheit gefährden, warnen die Verbrauchervertretenden. Die Regierung will die Gebührenregelung allerdings beibehalten, weil sie einen wertvollen Beitrag zum Gesundheitssystem leiste. Gemeint sind Einnahmen von 430 Mio. englischen Pfund pro Jahr. *Quelle: Die BKK 3.2008*

### ► Jugend und Familie

**Förderung von Kindern in der Kindertagespflege.** In der anfangs dieses Jahres von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) veröffentlichten Stellungnahme zum Thema „Qualität in der Kindertagespflege“ wurden bereits die zentralen Anforderungen an eine fachlich weiterzuentwickelnde Kindertagespflege als Teil eines Gesamtsystems der Kindertagesbetreuung in Deutschland skizziert. Ein nun vorliegendes Diskussionspapier konkretisiert die Rahmenbedingungen der Förderung von Kindern in der Kindertagespflege. Diese sind direkt auf das Kind und seine Situation in der Kindertagespflege abgestimmt. Sie umfassen im Wesentlichen drei einander bedingende Qualitätsdimensionen, die für eine an den emotionalen, kognitiven und physischen Bedürfnissen des Kindes orientierte Frühförderung von Bedeutung sind: die Qualität der Bindung und Beziehung zwischen Tagespflegeperson und Kind, die einen behutsamen Eingewöhnungsprozess voraussetzt; die Qualität der (sozial)räumlichen und kindorientierten Gestaltung der Tagespflegestelle und die Qualität der Beziehung der Kindertagespflegeperson zu den Eltern des Kindes. Darüber hinaus wird der Blick auf die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen gerichtet, die zur Ausübung der Kindertagespflege erfüllt werden sollten. Die Stellungnahme kann unter [www.agj.de/](http://www.agj.de/) Stellungnahmen bezogen werden. *Quelle: Pressemeldung der AGJ vom 20. März 2008*

**Familienatlas 2007.** Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Selbstverlag. Berlin 2007, 42 S., kostenlos \*DZI-D-8188\* Der Familienatlas 2007 beschreibt detailliert die Situation von Familien in allen 439 Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands. Untersucht werden verschiedene Faktoren wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Wohnsituation, die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, Freizeit- und Kulturangebote sowie demographische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Anhand von Indikatoren erfolgt ein Ranking zur Messung der Familienfreundlich-

keit, wobei zum Beispiel Parameter wie Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, Kinderarztichte, Schulklassengröße oder Nutzung der öffentlichen Bibliotheken verglichen werden. Die Studie wendet sich an Verantwortliche in den Bereichen der Politik und Wirtschaft und gibt Anregungen für zukünftige Entwicklungen und die bessere Wahrnehmung vorhandener Potenziale. Bestelladresse: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, Fax: 018 05/77 80 94, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

**Hilfe zur Erziehung.** Nach einer fünfjährigen Projektlaufzeit wurde das umfangreiche Projekt „EST! – Evaluation der Sozialpädagogischen Diagnosetabellen“ des Bayerischen Landesjugendamtes abgeschlossen. In den letzten Jahren war eine Kontrollgruppenstudie durchgeführt worden, um die „Sozialpädagogischen Diagnosetabellen“, ein Instrument zur Feststellung des erzieherischen Bedarfs in Ausführung des § 27 Sozialgesetzbuch VIII, in Zusammenarbeit mit etwa 40 Fachkräften aus elf bayerischen Jugendämtern in der Praxis zu testen und teststatistisch vom Projektpartner IKJ – dem Institut für Kinder- und Jugendhilfe in Mainz – auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen. Hierbei wurden auch Vorschläge für eine Optimierung entwickelt. *Quelle: Mitteilungsblatt des Zentrums Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt 1.2008*

**LBS-Kinderbarometer Deutschland 2007.** Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern in sieben Bundesländern. Ergebnisse des Erhebungsjahres 2006/7. Hrsg. PROSOZ Hertens ProKids-Institut. Selbstverlag. Hertens 2007, 203 S., kostenlos \*DZI-4-8186\*  
Der internationale UNICEF-Bericht zur Situation der Kinder in Industrieländern stellte Anfang des Jahres 2007 fest, dass in Deutschland, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, keine repräsentativen Daten zur Lebenssituation von Kindern vorliegen, denen die Perspektive der Kinder selbst zugrunde liegen. Diesem Manko soll die vorliegende Studie, die auf das seit 1997 in Nordrhein-Westfalen jährlich durchgeführte LBS-Kinderbarometer NRW zurückgeht, entgegenwirken. Befragt wurden 6 194 Schulkinder aus sieben Bundesländern im Alter zwischen neun und vierzehn Jahren. Die Schwerpunktthemen der Erhebung waren Gesundheit, Ernährung, Kinderrechte, neue Medien, Politik, Werte und Zukunftswünsche sowie Mobbing und Kriminalität in der Schule. Die Studie liefert detaillierte statistische Ergebnisse und eröffnet eine Plattform für die Meinungen, Wünsche und Ängste der deutschen Kinder. Bezugsadresse: LBS-Initiative Junge Familie, Brigitte Niemer, Himmelreichallee 40, 48130 Münster, Tel.: 02 51/412-53 60, Fax: 02 51/412-51 90, E-Mail: brigitte.niemer@lbswest.de

**Gegen Zwangsheirat.** Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat Anfang Oktober 2007 ein zehnteckiges Handlungskonzept zur Bekämpfung von Zwangsheirat beschlossen. Neben beispielsweise der Fortbildung von Lehrkräften, Richtern, Polizisten, Ärzten und anderen Fachkräften, soll eine intensive Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und eine Verbesserung der Datengrundlage über das Ausmaß von Zwangsheirat in Nordrhein-Westfalen erfolgen. Das Papier ist unter [www.mgffi.nrw.de](http://www.mgffi.nrw.de) zu finden. *Quelle: Jugendhilfe Report des Landschaftsverbandes Rheinland 1.2008*

## ► Ausbildung und Beruf

**Peter Reinicke zum 70. Geburtstag.** Im Jahre 1938 geboren, gehört Peter Reinicke der Gruppe von Sozialarbeitern an, für die eine vorhergehende andere Berufsausbildung und -tätigkeit die übliche Voraussetzung für die Sozialarbeiterausbildung war. So entschied er sich, der aufgrund nachkriegsbedingter Umstände nur den Hauptschulabschluss machen konnte, zunächst für den Bergmannsberuf. Es folgten 1959 die Ausbildung zum Sozialarbeiter am Seminar für Soziale Arbeit (Alice-Salomon-Schule) in Berlin und danach eine etwa 10-jährige Tätigkeit in verschiedenen Bereichen des bezirklichen Sozialdienstes, echte Arbeit „an der Basis“ in dem als Problembezirk bekannten Kreuzberg in Berlin. Hier war es auch, wo er sich mit seiner Frau zur Adoption eines kleinen Mädchens aus schwierigen Verhältnissen entschloss, das gemeinsam mit dem Sohn der Familie zu einem lebensfähigen Menschen heranwuchs. 1974 wechselte Peter Reinicke zur Senatsgesundheitsverwaltung, um von hier aus in größerem Rahmen Einfluss auf die Entwicklung der Sozialarbeit, vor allem im Gesundheitswesen, zu nehmen. Durch seine ruhige und bestimmte Art konnte er, zum Beispiel im Rahmen zahlreicher Fortbildungsveranstaltungen, seine Anliegen verwirklichen. Hier wurde auch seine Fähigkeit zur schriftlichen Darstellung fachbezogener Themen erkennbar, die in den Folgejahren in einer Fülle von praxisrelevanten Veröffentlichungen ihren Ausdruck fand.

1978 bewarb sich Peter Reinicke mit Erfolg um eine Dozententätigkeit an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit in Berlin und war hier bis zum Jahr 2003 als Professor, dem Beginn seines Ruhestandes, tätig. Er absolvierte während seiner Lehrtätigkeit einen Diplomstudiengang und promovierte – wozu man ihn angesichts seiner zahlreichen Veröffentlichungen gewissermaßen aufgefordert hatte – mit dem Thema „Soziale Krankenhausfürsorge in Deutschland – von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges“ am Institut für Sozialpädagogik der Technischen Universität zum Dr. phil. Daneben blieb er seinem Turnverein treu – mens sana in corpore sano – und legte mit seiner Frau Erholungspausen in Schweden ein.

Auch nach Eintritt in den Ruhestand übernimmt Peter Reinicke Vortrags- und Lehraufgaben und widmet sich weiter intensiv seiner schriftstellerischen Tätigkeit. Die Titel seiner Arbeiten erstrecken sich auf das gesamte Gebiet der Sozialarbeit, vorzugsweise auf den Gesundheitsbereich. Zwei Schwerpunkte, denen sein besonderes Interesse gilt, seien hervorgehoben: Das ist zum einen die Entwicklung des Sozialdienstes im Krankenhaus, zum anderen erinnert er in zahlreichen, gut lesbaren Biographien an Pioniere – häufiger Pionierinnen – der Sozialarbeit im 20. Jahrhundert. Mit immensem Fleiß geht Peter Reinicke den Lebens- und Berufswegen der Männer und Frauen nach, die es verdient haben, nicht in Vergessenheit zu geraten. Peter Reinickes Werdegang ist ein interessanter Beleg dafür, dass beim Zusammentreffen von Begabung, Energie und Tatkraft trotz schwieriger Ausgangslage in einem Leben eindrucksvolle Entwicklungen möglich sind. Er ist den heute eher ungewöhnlichen Weg von der Praxis zur Theorie gegangen, ohne jemals den Bezug zur Praxis aus den Augen zu verlieren. Mögen ihm Gesundheit und Schaffensfreude noch lange erhalten blei-

ben, das wünsche ich ihm von Herzen, und mit mir die Redaktion dieser Fachzeitschrift, in der im Laufe der Jahrzehnte eine große Anzahl der Beiträge von Peter Reinicke erschienen ist.

*Dr. Ruth Mattheis*

*Mitglied des Redaktionsbeirats der „Sozialen Arbeit“*

**Ethikrat.** Ein nationales Forum für den Dialog über bioethische Fragen soll der Deutsche Ethikrat sein. Die 26 Mitglieder wurden Mitte Februar 2008 je zur Hälfte vom Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung in das unabhängige Sachverständigenremium berufen. 14 von ihnen gehörten bereits dem von Bundeskanzler Schröder berufenen und inzwischen aufgelösten Nationalen Ethikrat an. Der Deutsche Ethikrat soll aus verschiedenen Perspektiven die Folgen untersuchen, die sich für Individuum und Gesellschaft im Zusammenhang mit der Forschung und den Entwicklungen auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften und ihrer Anwendung auf den Menschen ergeben. Aufgaben des Ethikrats sind zum Beispiel die Information der Öffentlichkeit, die Förderung der gesellschaftlichen Diskussion und die Erarbeitung von Stellungnahmen oder Empfehlungen für politisches Handeln. *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 1.2008*

#### **Verantwortungsvolles Engagement Vormundschaft.**

Vormundschaften gelten als schwieriges Segment der Jugendhilfe. Wer diese Verantwortung übernimmt, soll für junge Menschen sorgen, wenn deren leibliche Eltern das aus verschiedenen Gründen nicht können. Eine Qualifizierung der Fachhochschule Münster in Kooperation mit dem Landesjugendamts beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und dem Verein Kinder haben Rechte e.V. schult Fachkräfte und bereits tätige Vormünder für die erforderlichen sozialpädagogischen Aufgaben. An vier Wochenenden im Mai, Juni, September und Oktober 2008 geht es unter anderem um rechtliche Grundlagen, Voraussetzungen und Methoden. Weitere Unterrichtseinheiten befassen sich mit psychologischen Aspekten. Die Teilnehmenden lernen zum Beispiel, psychologische Gutachten einzuschätzen, Fallbesprechungen und Rollenspiele helfen, ein besonderes Verständnis für die Situation der Kinder und Jugendlichen zu entwickeln. Informationen: Fachhochschule Münster, Weiterbildungsbüro des Fachbereichs Sozialwesen, Hüfferstraße 27, 48149 Münster, Tel. 02 51/836 57 20, E-Mail: [weiterbildung@fh-muenster.de](mailto:weiterbildung@fh-muenster.de), Internet: [www.fh-muens-ter.de/fb10/weiterbildung.php](http://www.fh-muens-ter.de/fb10/weiterbildung.php)

## Tagungskalender

**2.-3.6.2008 Hannover.** Fachkongress: „Ich kann nicht mehr...“ Depressive und psychisch belastete Mädchen und Jungen. Veranstalter: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 75-3, E-Mail: [die@kinderschutz-zentren.org](mailto:die@kinderschutz-zentren.org)

**7.-8.6.2008 Mainz.** 8. GwG-Fortbildungstage: Personenzentrierter Ansatz: Vielfältig und einzigartig. Information: Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie GwG e.V., Tel. 02 21/92 59 08-50, E-Mail: [akademie@gwg-ev.org](mailto:akademie@gwg-ev.org)

**8.-10.6.2008 Wendgräben.** Veranstaltung: Aktive Bürgergesellschaft. Sponsoring und Fundraising. Information: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben, Tel.: 039 45/952-358, E-Mail: [peter.dietrich@kas.de](mailto:peter.dietrich@kas.de)

**12.-13.6.2008 Bremen.** Fachtagung: Zehn Jahre AG Medizinische Versorgung Wohnungsloser: Etablierung eines Ausnahmezustandes? Information: BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Postfach 13 01 48, 33544 Bielefeld, Tel.: 05 21/143 96-0, E-Mail: [info@bagw.de](mailto:info@bagw.de)

**14.6.2008 Essen.** Seminar: „Alles Lug und (Be)trug“. Vom Umgang mit Lügner und Betrüger. Information: LOTSE-Servicebüro, Aachener Straße 1064, 50858 Köln, Tel.: 02 21/94 86 51 32, E-Mail: [Lotse@projekt-lotse.de](mailto:Lotse@projekt-lotse.de)

**16.6.2008 Hannover.** Jahrestagung 2008: Gesundheit vor Ort herstellen. Neue Handlungsfelder für Gesundheitsförderung und Prävention in den Kommunen. Veranstalter: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskekweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/350 00 52, E-Mail: [info@gesundheit-nds.de](mailto:info@gesundheit-nds.de)

**23.-25.6.2008 Bonn.** Zukunftsprozess: Jugend global 2020 – Herausforderungen und Potenziale internationaler Jugendarbeit. Information: IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V., Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/95 06-127, E-Mail: [bergmann@ijab.de](mailto:bergmann@ijab.de)

**25.6.2008 Oldenburg.** Veranstaltung: Medikamentenabhängigkeit – erkennen und behandeln. Veranstalter: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskekweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/350 00 52, E-Mail: [info@gesundheit-nds.de](mailto:info@gesundheit-nds.de)